

Katholizismus und Sozialismus

Gespräche in Österreich

Abseits vom politischen Tagesgeschehen hat in Österreich ein Gespräch zwischen Katholiken und Sozialisten begonnen, das in seiner prinzipiellen Bedeutung für die Erneuerung Österreichs nicht verkannt werden sollte. Diese Bedeutung wird durch die Feststellung nicht gemindert, daß es sich bei diesen Aussprachen nicht um eine offizielle Fühlungnahme, um „Kirchenpolitik“ handelt, sondern das Ergebnis spontaner Versuche ohne Auftrag und wohl auch zunächst ohne unmittelbare politische Absicht darstellt. Wer beispielsweise die Geschichte der „religiösen Sozialisten“ der ersten Republik kennt, wird schon die Tatsache als günstiges Omen werten, daß beide Partner nach der Befreiung Österreichs ihre traditionelle Position neu umschrieben haben. Man erinnert sich der Erklärungen der österreichischen Bischöfe vom Vorjahr, die ihrem Wunsch nach Enthaltung des Klerus vom parteipolitischen Leben aussprach. Die Sozialistische Partei hat in ihrer neuen Organisation auf das Wiederaufleben des Freidenkerbundes und der antireligiösen Propaganda verzichtet sowie auch anderweitig ihren Willen bekundet, einen neuen Weg zu gehen. Über das Taktische hinaus ist damit psychologisch das Vorfeld für eine neue Entwicklung bereinigt. Diese Entwicklung ist im übrigen Europa bereits in verschiedener Hinsicht sichtbar geworden. Sie wird nicht nur durch den Krieg hervorgerufen, der Katholizismus wie Sozialismus vor eine neue Situation gestellt hat, sie wird auch gefördert durch das Verständnis und die gegenseitige Achtung, die das gemeinsame Erlebnis des Nationalsozialismus Katholiken wie Sozialisten als einen der wenigen positiven Gewinne dieser Zeit schenkte. Man hat erklärt, daß seit der Gegenreformation und dem Josephinismus eine fatale Abhängigkeit vom Staat die Signatur des österreichischen Katholizismus wurde. Ohne die Berechtigung dieser These näher zu untersuchen, erläutert sie doch die scharfe Frontstellung der jungen Sozialdemokratie gegen die Kirche in den letzten Jahren der Monarchie, wobei sie allerdings in den Fehler aller ihrer Gegner verfiel, die zeitliche Erscheinung der Kirche und ihre Vertreter durch bürgerliche Parteien mit der geistigen Macht ihres Glaubens zu verwechseln.

Jedenfalls befand sich die erste Republik bereits in einer sozusagen historischen Zwangslage. Der politischen Vertretung des Katholizismus standen die Sozialisten entgegen und aus diesem Gegensatz, der sich bis tief in das private Leben der Bevölkerung auswirkte, entsprang ein ideologisches Schützengrabensystem, das keine echte Zusammenarbeit — die ja auch jede gesunde Opposition voraussetzt — zuließ. Die Kirche selbst wurde gegen ihren Willen ein Politikum und Männer von der Bedeutung eines Ignaz Seipel in den Tagesstreit gezerrt. Die Katastrophe von 1938 hat erwiesen, daß die neue Demokratie in einer tieferen Schicht ihr Fundament finden muß, in einer Gemeinsamkeit aller Bürger dieses Staates, die der Partei- und Tagespolitik vorausliegt und dadurch eben die Gegensätze aussöhnt. Unter diesem Gesichtswinkel verdient die Initiative dieser Gespräche besondere Aufmerksamkeit.

Der derzeitige politische Vertreter Österreichs in Paris, Norbert von Bischoff, regte bereits im Vorjahr eine Aussprache von Katholiken und Sozialisten an, deren Ernst und Sachlichkeit schon einen neuen Geist erwies. Eine

Lösung wurde auf der Linie einer Bereinigung der gegenseitigen Interessen sowie einer klaren Trennung von weltanschaulicher und politischer Doktrin gesucht. Seitdem ist das Gespräch an verschiedenen Orten und von verschiedenen Seiten, zum Teil völlig unabhängig voneinander, fortgesetzt worden. In Innsbruck setzte sich der Jesuit Kleinhappel mit dem Sozialismus in irenischem Sinn auseinander. In Wien hat letzthin ein Vortrag von Professor August Knoll im Rahmen des Instituts für Wissenschaft und Kunst einiges Aufsehen gemacht. Der Vortragende vertrat die These, daß die katholische Kirche in die weltlichen Angelegenheiten nur insoweit eingreifen wünsche, als Glaube oder Sitte gefährdet würden. Andererseits sei diese relative Selbständigkeit des weltlichen Bereichs durch die strikte Ablehnung der Kirche gegenüber jeder Despotie und Anarchie begrenzt. In Bezug auf den Marxismus wurde die These vertreten, daß er seine ökonomische Denkweise als weltanschaulichen Materialismus mißverstehe und durch dieses Mißverständnis seiner eigenen Ideologiekritik unterliege.

Auf sozialistischer Seite hat Anton Tesarek in der letzten Nummer der Führungszeitschrift „Zukunft“ aus Anlaß der bevorstehenden Fronleichnamsprozession der Katholiken warme Worte der Würdigung gefunden: „Viele Sozialisten haben mit Ergriffenheit die Bemühungen des Papstes um den Frieden, um die Kriegsgefangenen verfolgt, sie haben in kameradschaftlicher Verbundenheit in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Nazismus mit den Gläubigen der Kirche zusammengelebt, diese unterstützt und ihre Unterstützung angenommen“. „Die österreichische Arbeiterschaft nimmt nicht aus taktischen Überlegungen, sondern einfach aus der befreienden Erkenntnis, daß die Demokratie von heute jede Gesinnungsfreiheit tatsächlich verbürgt, Stellung: Der Fronleichnamstag soll in der zweiten Republik der Kirche allein gehören. Diese Entscheidung und Stellungnahme der Toleranz wird nicht vereinzelt bleiben.“ Was darf man also hoffen? Daß in der betonten Zurückgezogenheit dieser Begegnung vom Menschlichen her unserem Land der Gewinn der bitteren Erfahrungen seiner letzten Vergangenheit zuwachse. Weder überspannte Hoffnungen noch Skepsis sind hier am Platze. Noch viel weniger eine frühzeitige Politisierung dieses Gespräches. Denn hierbei geht es nicht um politische Erfolge, nicht um Kompromisse oder taktische Manöver, noch weniger um eine Neuorientierung im parteipolitischen Sinn. Es handelt sich ausschließlich um den Abbau von historischen Gegensätzen, der allein freilich schon geeignet wäre, der Demokratie ein neues Gesicht zu geben. Es ist bezeichnend für den Wunsch vor allem der jüngeren Generation, daß das Suchen nach einem neuen Weg gerade von Zeitschriften junger Katholiken und Sozialisten — es sei nur auf die letzten Hefte etwa des „Ruf“ oder des „Strom“ verwiesen — ausgesprochen wird. Das Nahziel eines Brückenschlages von Mensch zu Mensch wäre geeignet, das politische Leben mit der allmählichen Zurückgewinnung der staatlichen Souveränität auch innerlich freizumachen für einen neuen Anfang. Was diesem Ziel dient, verdient Förderung.

Probleme der Lohnbildung

Die Lohnprobleme gehören in aller Welt zu den vordringlichsten wirtschafts- und sozialpolitischen Gegenwartsfragen. Die Auseinandersetzungen um die Lohnhöhe